

Pressespiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **25.01.2021 / KW 03**



„News Supplier“, 25.01.2021

RATINGS

A balanced approach: **Novomatic move into the top tier in ESG rating reports**

Recent ESG ratings by leading rating agencies recognise **Novomatic's** comprehensive efforts in managing Environmental Social Governance (ESG) factors with excellent risk and performance ratings. A trending example is this year's Sustainalytics ESG Risk Rating, where the company ranked third in the international casino and gaming industry.



A

s a clearly measurable and transparent asset, similar to financial performance, Environmental Social Governance (ESG) has become an important element of evidence for investor and other financial stakeholder decisions.

Companies have come to clearly acknowledge the significance of efficient ESG commitments and performance improvement in their long-term strategy.

Being a global player in a sensitive business, providing products and services for the international gaming industry, Novomatic aims to be an industry pioneer, not only in terms of leading gaming technologies but also when it comes to social, ecological and governance expectations.

With this goal in mind, comprehensive efforts and strategic measures as well as meaningful and measurable



key performance indicators (KPIs) have been defined to manage the Novomatic AG Group's non-financial development.

With the latest independent ratings by leading international rating agencies, Novomatic's strenuous efforts turned to account. Already in April 2020, internationally acclaimed ESG ratings firm Sustainalytics

assessed Novomatic AG to be at "Low risk of material financial impacts driven by ESG factors."

Novomatic received an ESG Risk Ratings score of 18.8, placing it third among 80 international gaming companies rated by Sustainalytics and among the top 100 rated companies in the wider consumer services industry globally.

Rating agency ISS ESG also rates Novomatic AG among the Electronic Devices and Appliances industry's top tier with a "C-" rating and a decile rank of 4 in a rating dating of June. VigeoEiris Rating attests the company rank 19th out of 43 versus its European peers in the Technology- Hardware Sector in the V.E's ESG Assessment. Novomatic AG receives "A" RepRisk Rating (www.reprisk.com) on a scale of D to AAA denoting "Low ESG Risk Exposure" based on

RepRisk ESG data science.

"The consistently very positive assessments by leading international ESG rating agencies prove that our efforts to improve our non-financial performance and reduce risks related to Environmental Social Governance are being widely noted as above gaming industry average," said Johannes Gratzl, member of the board of Novomatic AG. "We are very much aware of our responsibilities in terms of corporate governance as well as of the social and environmental impact of our business, and we work hard to take a proactive approach by implementing sound principles and best practices.

"For Novomatic, topics like responsible entertainment, reducing the environmental footprint and occupational health and safety are part of our business philosophy," he added.

„games & business online“, 22.01.2021

Löwen: Bagus in Geschäftsführung berufen

Seit 1. Januar gehört Oliver Bagus (Foto) der Geschäftsführung von Löwen Entertainment an. Einer seiner Aufgabenbereiche: der Aufbau und die Weiterentwicklung von Online-Glücksspielangeboten.



Zum 1. Januar 2021 ist Oliver Bagus in die Geschäftsführung von Löwen Entertainment eingezogen. In seiner Funktion als Geschäftsführer Gaming Technology verantwortet er unter anderem die Unternehmensbereiche Produktion, Logistik, Service und IT sowie Produktmanagement und Online, heißt es aus Bingen.

Die Geschäftsführung von Löwen Entertainment bilden damit Christian Arras, Vorsitzender der Geschäftsführung, Martin Moßbrucker, Kaufmännischer Geschäftsführer, Martin Restle, Geschäftsführer Gaming Operations, sowie Oliver Bagus. Zuvor war Oliver Bagus bereits seit 1. April 2017 Mitglied der Geschäftsleitung des Binger Unternehmens.

"Der Aufbau und die Weiterentwicklung von Online-Glücksspielangeboten von Löwen Entertainment ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Für diese Managementaufgabe ist Oliver Bagus mit seiner langjährigen Erfahrung im Unternehmen, seiner Verantwortung für wesentliche Bereiche des Kerngeschäfts Geldgewinnspiel und seiner konzeptionellen Stärke die Idealbesetzung", so der Aufsichtsratsvorsitzende von Löwen Entertainment, Harald Neumann.

"Die Berufung in die Geschäftsführung von Löwen Entertainment ist eine große Ehre für mich und ich danke dem Aufsichtsrat und dem Vorstand der Novomatic für ihr Vertrauen", sagt Oliver Bagus.

„Standard“, 22.01.2021

Streit um Leistung und Gegenleistung

Ein Fachexperte der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bezweifelt die Werthaltigkeit des Kooperationsvertrags zwischen dem Institut für Sicherheitspolitik (ISP) und Novomatic.

Renate Graber

Am Rechnungshof vorbei könne man der Partei spenden, und zwar über Vereine, erklärte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache der falschen Oligarchennichte auf Ibiza – was er später widerrief. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) knöpfte sich trotzdem eine Reihe von FPÖ-nahen Vereinen vor, über die heimliche Parteispenden geflossen sein könnten.

Im U-Ausschuss wurde das blaue Vereinsnetz vergangene Woche wieder bei der Befragung von Sigma-Chef Markus Braun zum Thema, etwa Austria in Motion, Patria Austria oder das Institut für Sicherheitspolitik (ISP). Der Großteil der Verfahren ist eingestellt, nur zum ISP wird noch ermittelt: Braun und Ex-FPÖ-Nationalratsmandatar Markus Tschank hatten im Vereinsnetz Funktionen inne, beim ISP ist Tschank Obmann, Braun Kassier. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Thinktank für Sicherheit

Die Behörde prüft in dem Zusammenhang u. a. den Sponsoringvertrag (200.000 Euro), den Glücksspielkonzern Novomatic und ISP 2017 schlossen. Hinterfragt wird, einfach gesagt, ob die Leistungen des ISP der Novomatic gedient haben und ihr Geld wert waren. Was dort alle Beteiligten bejahen.

Braun beschrieb das ISP im U-Ausschuss so: Es sei ein „als Thinktank aufgesetztes Institut“, das eine Kooperation mit dem Verteidigungsministerium habe und (im Rahmen von Sicherheitsfragen) „die Themenbereiche asymmetrische Risiken abdecken soll“. In der Praxis wurden Veranstaltungen mit internationalen Vortragenden zu Sicherheitsfragen abgehalten, laut Braun habe das ISP Studien, Reports und Gutachten erstellt bzw. zugekauft und diese auch der Novomatic zur Verfügung gestellt. „Das sind Leistung und Gegenleistung“, so Braun.

Fachexperte ist skeptisch

Ein Fachexperte der WKStA hat sich die Sache angeschaut und kommt – vorläufig – zu einem anderen Schluss. In der Zusammenfassung seiner „Sichtung und Analyse“ (184 Seiten) von Dezember schreibt



FPÖ-nahe Vereine sind immer wieder Thema im parlamentarischen U-Ausschuss rund um Ibiza. Ein Experte der WKStA bewertet die Kooperation zwischen ISP und Novomatic kritisch, die Betroffenen wehren sich.

er, der Abschluss des mit 200.000 Euro (netto) dotierten Sponsoringvertrags könne „wirtschaftlich nicht nachvollzogen werden“. Einige seiner Kritikpunkte: Der Wettbewerb der Novomatic-Veranstaltungen sei „Infrage zu stellen“, unabhängige Medienberichte dazu lägen nicht vor. Während er den ISP-Veranstaltungen fürs Verteidigungsministerium „wissenschaftlichen Charakter“ zuordnet, seien jene für die Novomatic als „politiknah“ anzusehen. Operativ tätige Mitarbeiter bzw. Führungskräfte des Glücksspielkonzerns (bis auf einen „ISP-Verbindungsmann“) hätten nicht an den Events teilgenommen.

Auch die „fachlichen Beiträge des ISP“ seien für Novomatic „in operativer Hinsicht kaum relevant“ gewesen, mit Ausnahme eines Vortrags zur Geldwäsche. Und das ISP habe die meisten Veranstaltungen für Novomatic mit externen Dienstleistern abgewickelt, von denen zumindest einer „ein enges Naheverhältnis zur FPÖ“ aufwies, so der Fachexperte. Fürs Jahr 2018 komme er kostenrechnerisch auf einen „vorläufigen“ Wert der Veranstaltungen und Fachartikel von 37.212 Euro.

ISP will Gutachten vorlegen

Die Betroffenen weisen diese Darstellung zurück. ISP-Kassier Braun tut das „dezidiert und eindringlich“ und kündigt, wie im U-Ausschuss, ein großes Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen an, der die ISP-Leistungen „exakt ökonomisch und auf die gesamte Kooperationszeit“ bewerten werde. Die Expertise werde man der Behörde übermitteln, „damit die Leistungen und Gegenleistungen transparent eingesehen werden können“. Dem schließt sich Tschank an.

Novomatic-Anwalt Michael Rohregger betont, dass der Novomatic die „Arbeitsunterlage“ der WKStA, in der eine „interne Sichtung und Analyse“ vorgenommen worden sei, erst seit kurzem vorliege, ihr Inhalt werde nun geprüft. Bereits auf den ersten Blick gebe es darin aber „offenkundige Unrichtigkeiten“, hält der Anwalt fest. So sei der Firmensitz der Novomatic bekanntermaßen nicht in Las Vegas, sondern in Gumpoldskirchen, Österreich.

Foto: Imago

„Kurier“, 21.01.2021

„Bin nicht der Einzige, der beschenkt wurde“

U-Ausschuss Commerzialbank. Ex-SP-Landesrat Illedits sprach über sein Verhältnis zu Martin Pucher und Fußballsponsoring

VON THOMAS OROVITS

Im Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank, der politische Spuren im skandalösen Geflecht von Bank und SV Mattersburg finden will, ist am Mittwoch das erste und bisher einzige politische Opfer des Skandals erschienen: Christian Illedits, der im August als SPÖ-Landesrat für Wirtschaft, Soziales und Sport den Hut genommen hat, weil er zu seinem 60. Geburtstag 2018 ein mit persönlicher Widmung versehenes 100-Gramm-Goldblatt im Wert von heute 5.400 Euro angenommen hatte. Nach Auffliegen der Bank-Affäre Mitte Juli hatte ein Whistleblower Illedits angezeigt.

Bekommen hatte er das Präsent als Aufsichtsratschef der Fußballakademie Burgenland vom SV Mattersburg, dessen Präsident Commerzialbank-Gründer Martin Pucher war, der auch im Akademie-Aufsichtsrat saß. Im Sommer 2020 gab er das Präsent zurück. Ermittelt wird trotzdem gegen ihn, sagte Illedits. Dass er der einzige Beschenkte war, könne er sich aber nicht vorstellen.

Die ÖVP titulierte Illedits seit Monaten als mächtiges Mitglied eines „roten Netzwerks“ rund um die Pleitebank und mutmaßt, der



Christian Illedits war SPÖ-Klubchef, Landtagspräsident und Landesrat. Am 1. August trat er zurück

„wahre Grund“ für die Demission des 62-jährigen müsse tiefer liegen.

Er sei der Einladung als Zeuge „sehr gerne nachgekommen, um meinen Beitrag zur Aufklärung zu leisten“,

sagte Illedits mit müder Stimme und verlas eingangs eine persönliche Stellungnahme.

Als Bürgermeister von Draßburg habe er von 1997 bis 2012 Geschäftsbeziehungen zur Commerzialbank ge-

habt, weil die Kommune Konten und Kredite bei der Bank hatte. Privat seien aber weder er noch seine Familie Bankkunden gewesen. Pucher habe er als Sportfunktionär gekannt, nach dessen Schlagan-

fällen 2015 hätten Sportsitzungen mitunter in der Bank stattgefunden. Illedits war regelmäßiger Besucher von Spielen des SVM, auch im VIP-Bereich. Der SPÖ-Landtagsklub hatte eine selbst bezahlte Dauerkarte, auch als Aufsichtsratschef der Fußballakademie habe er Karten erhalten.

Glücksspiel und Sponsor

Als Wirtschaftslandesrat war Illedits seit Mitte Februar 2020 für die Aufsicht über Wirtschaftsgenossenschaften und damit für die Eigentümergenossenschaft der Bank zuständig. Davon erfahren habe er aber erst nach der Schließung der Bank.

Immer wieder Thema ist auch ein möglicher Zusammenhang zwischen der Verabschiedung eines Gesetzes zum kleinen Glücksspiel und der Sponsortätigkeit von Novomatic-Tochter Admiral für den ASV Draßburg, dessen Präsident Illedits ist. Das Gesetz sei von der damaligen rot-schwarzen Landesregierung beschlossen worden und er habe nichts mit der Lizenzvergabe an Glücksspielbetreiber zu tun gehabt, verwahrte sich Illedits gegen eine Verquickung.

Wie hoch das mit einer Verschwiegenheitsklausel versehene Sponsoring von

Admiral sei, könnte er gar nicht sagen, er habe den Vertrag nicht unterzeichnet. „Ich bin seit 1995 im Verein nicht mehr operativ tätig“, bekräftigte Illedits, das einzige Mal etwas lauter werdend.

Aber mehr leidend als angrifflich.

ÖVP-Klubchef Markus Ulram und Grünen-Chefin Regina Petrik interessierten sich für die Anstellung ehemaliger Trainer oder Spieler des ASV Draßburg bei Landes- oder Bezirksbehörden. Er sei „nicht Personalreferent“ der Landesregierung gewesen, erwiderte Illedits und keiner habe ihn um Unterstützung für eine Anstellung gebeten.

Verhältnis zu Doskozil

Am vielsagendsten war eine Aussage-Verweigerung von Illedits: Auf die Frage, wie nach seinem Rücktritt sein Verhältnis zu LH Hans Peter Doskozil sei, wollte Illedits lieber keine Auskunft geben, denn: „Das ist privat“.

Am Mittwoch wurde auch die Ladung weiterer Zeugen bekannt. Die Opposition will Ex-SPÖ-Landeshauptmann Hans Niessl (am 18. Februar) befragen. Noch keinen Termin gibt es für Ex-Landtagspräsident Manfred Moser, die Hirmer Bürgermeisterin Inge Posch (beide SPÖ) und zwei Steuerberater.

► Illedits jetzt als Zeuge im U-Ausschuss ► „Geschenkannahme war ein Fehler“

Ex-Landesrat nach „Ibiza“

Mit Spannung erwartet wurde der frühere Landesrat Christian Illedits. So kurz und bündig wie im „Ibiza“-Ausschuss fiel die Anhörung des SPÖ-Politikers in der Causa Commercialbank nicht aus. Viele Fragen drehten sich um die Verflechtung zwischen Fußball und Sponsoren, zwischen dem Kleinen Glücksspiel und Novomatic.

Gleich zu Beginn seines Auftritts in Eisenstadt bedauerte Illedits die vielen Kunden, die getäuscht wurden, und das jahrelange Kontrollversagen. Noch einmal sprach er über seinen Rücktritt. Der Grund war ein mehr als 5000 € teures Goldplättchen, das der Landesrat von der Bank zum 60er bekommen hatte: „Was das Geschenk wert ist, habe ich erst begriffen, als nach der Pleite Anzeige erstattet wurde.“ Mehr wollte Illedits

dazu nicht sagen, die Ermittlungen sind im Gang. Nur so viel: „Ich hätte das Präsent nicht annehmen dürfen.“

Diesen Fehler gesteht sich Illedits ein. Andeutungen einer Schuldzuweisung in Bezug auf die Freigabe des Kleinen Glücksspiels wehrte der SPÖ-Politiker strikt ab. Dies sei nicht seine Idee und auch nicht jene des damaligen ÖVP-Klubchefs gewesen, sondern ein Vorhaben der rot-schwarzen Regierung. Zuständig war ÖVP-

Landesrat Christian Illedits hatte sich wegen eines Geburtstagspräsents der Commercialbank ähnlich diesem Edelmetall (oben) aus der Politik zurückgezogen: „Ich hätte das Geschenk nicht annehmen dürfen.“

Foto: www.picturedesk.com/HELMUT FOHRINGER / APA / picturedesk.com, Karl Grammer



► Viele Fragen zum Kleinen Glücksspiel ► Verstrickungen von Politik und Sport

gleich zum Millionen-Fiasko

Landesrätin Michaela Resetar. „Alle waren bestrebt, die Opfer des Glücksspiels zu schützen“, so Illedits.

Schlag auf Schlag ging es mit Fragen weiter. „Nein“, auf der Geburtstagsfeier der Mattersburger Stadtchefin im SVM-Café sei Illedits nicht gewesen. „Nein“, mit der Bauland-Erschließungs-GmbH Draßburg habe er gar nichts zu tun. „Nein“, für seinen Heimklub ASV Draßburg habe er keine Verträge unterschrieben, er war als Präsident nicht operativ tätig. Um Sponsoren habe er sich freilich bemüht und sich auch bei Ex-Fußballern für eine Karriere nach der Karriere eingesetzt. „Alles nicht verwerflich.“ Karl Grammer



Fotos: Erich Hussmann, Huber Patrick

Sport und Politik sind eng miteinander verbunden. Als positives Beispiel verwies Illedits auf die Fußballakademie. Sie sei nach Red Bull Salzburg die zweitbeliebteste Kaderschmiede.

„Standard“, 21.01.2021

Schlechte Nachrede für gute Tipps

Eine Mail an den Wirecard-Chef beschert C-Quadrat-Gründer Alexander Schütz Erklärungsbedarf. 2018 gab der ÖVP-Spender Tipps für Jobbesetzungen: an FPÖ-Mann Gudenus. Renate Graber Die Causa Wirecard hat jüngst weitere Kreise nach Österreich gezogen – und den Wiener C-Quadrat-Gründer und -chef Alexander Schütz ins Rampenlicht gebracht. Er ist auch in Deutschland kein Unbekannter, hat er doch Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der Deutschen Bank (DB). Im U-Ausschuss des Bundestags zum Skandal um Finanzdienstleister Wirecard unter Markus Braun und Jan Marsalek (Erster ist in U-Haft, nach dem Zweiten wird gefahndet; für die beiden Wiener gilt die Unschuldsvermutung) tauchten kompromittierende E-Mails von Schütz an seinen langjährigen Bekannten Braun auf.

Im Februar 2019 – die Financial Times berichtete schon lang über Ungereimtheiten bei Wirecard – schrieb Schütz: "Habe ja in der FT gelesen, dass du ein ganz Schlimmer bist (...). Hab übrigens dreimal Wirecard-Aktien gekauft letzte Woche, mach diese Zeitung fertig! ☐:)" Eine Welle der Empörung ergoss sich bei Bekanntwerden dieser Aufforderung über Schütz, sogar die DB distanzierte sich von ihm. Laut Medienberichten wusch DB-Aufsichtsratschef Paul Achleitner (ein Linzer) Schütz heftig den Kopf, Schütz entschuldigte sich öffentlich.

Die Frage des STANDARD, ob er das Kontrollgremium verlassen wer-

de, beantwortete Schütz nicht, wiederholte aber seine Entschuldigung. Er habe Braun Anfang 2019 geglaubt, dass Wirecard ein integriertes Unternehmen sei, das zu Unrecht diffamiert werde, mittlerweile sei klar, "dass ich damit falsch lag", so Schütz. Der FT und ihren Reportern gebühre für ihren "wesentlichen Beitrag zur Enthüllung dieses Skandals Anerkennung". Bei der DB, die ohnedies um ihr Image kämpft, gilt Schütz seither als angeschlagen.

ÖVP-Großspender

Auch in Österreich wird es Schütz mit einem U-Ausschuss zu tun bekommen. Als Auskunftsperson im parlamentarischen Ibiza-U-Ausschuss rund um "mutmaßliche Käuflichkeit der ÖVP/FPÖ-Regierung". Warum? Das hat mehrere Gründe. Er war ein Großspender der Türken: 2017 ließ er 40.000 Euro und im Jahr darauf noch einmal 45.000 Euro für sie springen.

Zudem organisierte der Unternehmer, dessen Frau damals im Kabinett des Finanzministers arbeitete (Kabinettschef war Thomas Schmid, später Öbag-Alleinvorstand), mit Novomatic-Chef Harald Neumann Dinner-Events, etwa im November 2018. Eingeladen waren Leute wie Wirecard-Chef Braun, Ex-Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP), Schmid, Gastronom Martin Ho oder Johann Gudenus (FPÖ).

Interessanterweise gab ÖVP-Großspender Schütz im Herbst 2018 Nationalratsmandatar Gudenus Ratschläge für die damals anstehenden türkis-

blauen Postenbesetzungen. Das erschließt sich aus einem Chat vom 13. Oktober 2018. Da erkundigte er sich bei Gudenus, wie das "nun mit Öbib und OeNB (Nationalbank, Anm.) ausschaut", und regte eine Forderung der FPÖ an die ÖVP an. Wenn die Bankenaufsicht von der OeNB in die FMA komme und die OeNB geschwächt werde, würde er "einen zweiten Vorstand in der Öbib fordern", schrieb er Gudenus. Und: "Warum soll das ein Egotrip von ts (Thomas Schmid, Anm.) werden?" Gudenus kündigte an, den aktuellen Stand zu erfragen, und versicherte Schütz: "Natürlich beharren wir auf 2. Vorstand bei Öbib".

Privater Rat für Gudenus

Ob der ÖVP-Spender die FPÖ oder Gudenus beraten hat, wollte der STANDARD von ihm wissen. Nie, so seine Antwort. Er habe Gudenus vielmehr den "privaten Ratschlag" gegeben, sich dafür starkzumachen, dass der Öbib-Vorstand um mindestens eine Person erweitert werde. Er sei ein starker Verfechter des Vier-Augen-Prinzips, obgleich er Schmid für einen "hervorragenden Manager" halte. Inzwischen habe die Öbag (früher Öbib, Anm.) den Vorstand ja auch erweitert, erklärt Schütz.

Und wie passen seine Tipps an Gudenus mit seinen Spenden für die ÖVP zusammen? Diese Frage stelle sich nicht, weil er ja keine Beratungstätigkeit ausgeübt habe. Bei der ÖVP soll die Beliebtheit von Schütz trotzdem gelitten haben.

„www.orf.at“, 20.01.2021

Ex-Landesrat Illedits vor U-Ausschuss

Tag 13 beim Untersuchungsausschuss zur Commerzialbank Mattersburg. Mit Spannung erwartet wurde vor allem die Befragung von Ex-SPÖ Landesrat Christian Illedits zu den Themen Geschenkkannahme und Fußballsponsoring. Der Ausschusstag begann aber mit einem neuerlichen Streit zwischen SPÖ und ÖVP.

Es gab einen Schlagabtausch zwischen ÖVP und SPÖ am Mittwoch vor Sitzungsbeginn. Die SPÖ muss sich vor dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung rechtfertigen. Wegen Verwendung einer aus der Landespolizeidirektion zugespielten Unterlage im Ausschuss. „Das ist eine türkise Polit-Justiz. Die Grünen haben bereits Akten vorgelegt, die ihnen zugespielt worden sind – die Sozialdemokraten, also wir, müssen zur Zeugeneinvernahme gehen“, so SPÖ-Fraktionssprecher Roland Fürst.

„Dass sie jetzt einvernommen werden, ist glaube ich, legitim. Das hat nichts mit einer Anzeige zu tun. Das ist von Beobachtern auch, die das hier im Untersuchungsausschuss mitbekommen“, so ÖVP-Fraktionssprecher Markus Ulram. Ein ehemaliger Aufsichtsrat der Commerzialbank war erste Auskunftsperson. Er sagte unter anderem: „Es war die Intention, dass die Region von einer Bank profitiert, die faire Zinsen bietet.“

Illedits: Befragung zu Goldgeschenk

Am späten Mittwochnachmittag befragte der U-Ausschuss Ex-Wirtschafts-Landesrat Christian Illedits (SPÖ). Im vergangenen August trat er zurück. Er hatte vom Commerzialbank gesponserten SV Mattersburg ein Goldgeschenk zum Geburtstag angenommen. „Nachdem gegen mich ermittelt wird, will ich nicht mehr dazu sagen“, so Illedits. Später meinte er noch dazu, er habe sich gedacht dass er nicht der Einzige gewesen sein wird, der ein Geschenk bekommen habe.

Als Bürgermeister mit Bank zu tun gehabt

Geschäftlich habe er mit der Commerzialbank als Bürgermeister von Draßburg zu tun gehabt, mit Geschäftskonten der Gemeinde – ein privates Konto habe er dort nie gehabt. Seine Verbindung zu Martin Pucher sei Fußball und die Fußballakademie Mattersburg gewesen. Illedits war Aufsichtsrat der Fußballakademie. Was die Bankschließung betrifft, sagte Illedits, er sei von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil gemeinsam mit anderen Regeirungsmitgliedern darüber informiert worden, dass die Bank „explodiere“. Am nächsten Tag sei das Thema medial präsent gewesen.

Illedits ist Präsident des Fußballvereines ASV Draßburg. Ein Sponsor ist Admiral – eine Tochter des Glücksspielkonzerns Novomatic. Das Burgenland legalisierte das Automatenenspiel 2012. Gegen einen Zusammenhang verwehrte sich Illedits – er sagte über das Kleine Glücksspiel das, was er bereits im Ibiza-Ausschuss vor einer Woche sagte, dass er mit Lizenzvergaben nichts zu tun gehabt habe. Im Burgenland war es der erste öffentliche Auftritt des ehemaligen Landesrates seit seinem Rücktritt. Am Donnerstag tagt der Untersuchungsausschuss wieder.

„Kurier“, 20.01.2021

Glawischnig muss nun doch aussagen

Novomatic-Managerin als Zeugin in Ibiza-U-Ausschuss geladen

VfGH. Die Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig muss als Zeugin in den Ibiza-U-Ausschuss kommen. Hintergrund: Glawischnig ist seit März 2018 im Management-Bereich des Glücksspielkonzerns Novomatic tätig. Die ÖVP hatte die Ladung Glawischnigs beantragt, da sie „in sehr prominenter Position bei Novomatic angestellt“ sei und gleichzeitig über viele Kontakte in die Politik verfüge. Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache hat bekanntlich im Ibiza-Video gesagt: „Novomatic zahlt alle.“

Deshalb rückte der Konzern bei den Untersuchungen zu mutmaßlichen Postenbesetzungen und Parteispenden besonders ins Blickfeld. Eine Mehrheit aus Grünen, SPÖ,



Glawischnig kehrt kurz zurück auf die politische Bühne

FPÖ und Neos war zwar gegen das Verlangen der ÖVP, Glawischnig zu laden, und lehnte dieses Anfang Dezember ab. Doch der VfGH erachtete die Begründung der Ablehnung als rechtswidrig. Die Mehrheit habe dabei „ihrer diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Begründungspflicht nicht entsprochen“, so der VfGH. Das sei eine „herbe Niederlage für die rot-pinke

U-Ausschuss-Koalition“, kommentierte die ÖVP.

Die SPÖ sieht das anders. Die Befragung Glawischnigs sei sinnlos, doch durch die VfGH-Begründung seien die Minderheitenrechte im U-Ausschuss gestärkt worden, freute sich SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer. Die ÖVP habe dem Ausschuss sogar einen Gefallen getan: Jetzt sei klar, dass der VfGH sehr hohe Anforderungen an die Mehrheit stelle, wenn diese ein Verlangen der Minderheit im U-Ausschuss bestreite. Stephanie Krisper (Neos) zeigte sich via Twitter etwas kritischer: „Eva Glawischnig hat dem U-Ausschuss nichts zu erzählen; die ÖVP hat sie aus Motiven geladen, die mit der Aufklärung nichts zu tun haben.“

„www.orf.at“, 19.01.2021

U-Ausschuss: VfGH entschied über Glawischnig-Ladung

Die ÖVP hat sich mit ihrem - von allen anderen Parteien abgelehnten - Verlangen durchgesetzt, Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig als Zeugin in den „Ibiza“-U-Ausschuss zu laden, weil sie „in sehr prominenter Position bei Novomatic angestellt“ ist.

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) entschied im Sinn der ÖVP. Das deshalb, weil die die Ladung ablehnende Mehrheit nicht ausreichend begründet hatte, warum sie keinen sachlichen Zusammenhang zwischen Ladung und U-Ausschuss-Thema sieht.

Der von Grünen, SPÖ, FPÖ und NEOS Anfang Dezember gefasste Beschluss, das ÖVP-Verlangen auf Ladung Glawischnigs abzulehnen, ist damit rechtswidrig. Denn er blieb, stellte der VfGH fest, „begründungslos“. Die Mehrheit habe „ihrer diesbezüglichen verfassungsrechtlichen Begründungspflicht nicht entsprochen“, aus dem Abstimmungsvorgang bzw. dem Beschluss im Untersuchungsausschuss sei nicht ersichtlich, auf welche Gründe die Mehrheit ihre Beschlussfassung stützt.

Somit werde das Verlangen auf Ladung Glawischnigs wirksam, stellten die Verfassungsrichter fest. Die ÖVP hatte ihr Verlangen auf Ladung der früheren Chefin ihres aktuellen Koalitionspartners damit begründet, dass die „Feststellung ‚Novomatic zahlt alle‘“ („Ibiza-Video“) ein zentrales Thema des U-Ausschusses sei. Glawischnig verfüge aus ihren früheren Funktionen über vielseitige Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern und sei jetzt in leitender Position für die Novomatic AG tätig.

SPÖ sieht Minderheitenrechte bestärkt

SPÖ und NEOS sehen zwar weiter keinen Sinn in der Befragung Glawischnigs, aber SPÖ-Fraktionsführer Kai Jan Krainer freute sich trotzdem über die Entscheidung des VfGH. Mit der Begründung dazu seien nämlich die Minderheitenrechte im U-Ausschuss gestärkt worden. Üblicherweise fällt die Minderheitsrolle ja der Opposition - im Gegensatz zur Regierungsmehrheit - zu.

Dass kein sachlicher Zusammenhang gegeben ist, ist für die Opposition weiterhin keine Frage: „Was Frau Glawischnig zur ‚mutmaßlichen Käuflichkeit der TÜRKIS-BLAUEN Bundesregierung‘ (offizieller Titel des #IbizaUA) wissen soll, erschließt sich mir zwar nicht ganz, aber gut. Es wäre nicht die erste sinnlose Ladung der ÖVP ...“, schrieb NEOS-Fraktionsführerin Stephanie Krisper auf Twitter.

ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl sagte dazu: „Die Entscheidung ist eine herbe Niederlage für die rot-pinke U-Ausschuss-Koalition.“ Angeführt von der SPÖ habe nämlich die Mehrheit es „aus parteipolitischer Motivation mit einer pauschalen Bestreitung ohne nähere Erklärungen“ versucht, und das sei rechtswidrig.